

Kanzlerin der Herzen

Merkels Spuren in Israel

KASCHRUT UND KONVERSION

Regierung mit Reformeifer

HOLOCAUST-GEDENKEN ZUM MITMACHEN

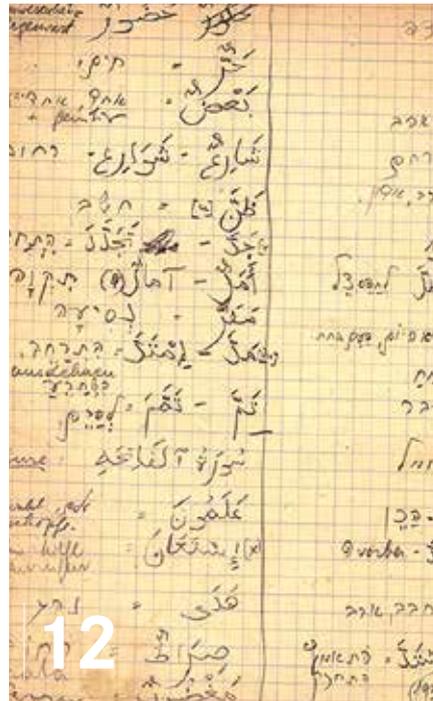
Ein Bildungszentrum geht neue Wege





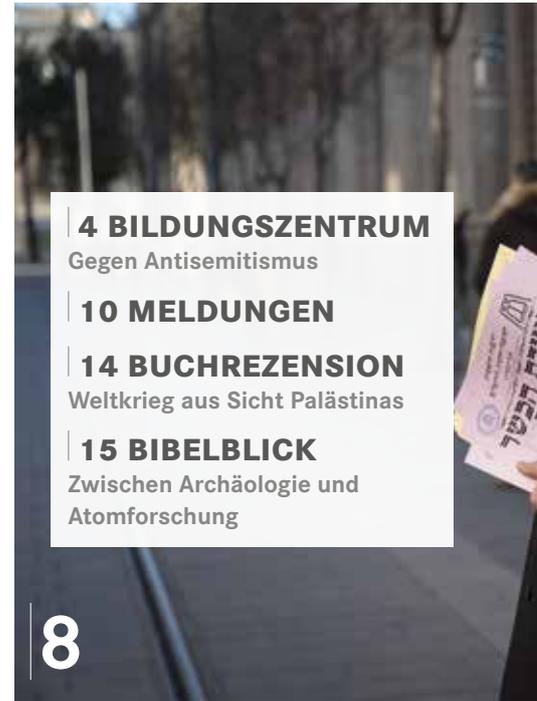
6

MERKEL UND ISRAEL Ambivalente Freundschaft



12

TROTZ VERBOTS Lernen in Ghetto und KZ



8

GESELLSCHAFTSREFORM Regierung für heiße Eisen

4 BILDUNGSZENTRUM

Gegen Antisemitismus

10 MELDUNGEN

14 BUCHREZENSION

Weltkrieg aus Sicht Palästinas

15 BIBELBLICK

Zwischen Archäologie und Atomforschung

Neue Redaktionsleitung bei Israelnetz

Seit dem 1. Oktober ist Elisabeth Hausen Redaktionsleiterin von Israelnetz. Sie ist verantwortlich für die Nachrichtenseite www.israelnetz.com und für das Israelnetz Magazin. Die 47-Jährige stammt vom Bodensee. In Heidelberg machte sie Magister in Jüdischen Studien und Evangelischer Theologie. Journalistische Praktika bei Israelnetz und der „Schwäbischen Zeitung“ folgten. Ab Dezember 2001 kümmerte sie sich sechs Monate um Jugendliche mit Behinderung in Jerusalem. Sie erlebte die Atmosphäre während der von Anschlägen geprägten „Al-Aqsa-Intifada“.



Für Israelnetz verantwortlich: die Judaistin Elisabeth Hausen

Im September 2002 kehrte sie zu Israelnetz zurück. Wichtig ist ihr ein Gegenpunkt zu anti-israelischen Tendenzen in der allgemeinen Berichterstattung: „Wenn ein Angriff von Palästinensern ausgeht und israelische Sicherheitskräfte reagieren, muss das benannt werden. Ebenso müssen Journalisten berichten, wenn Israelis sich gegenüber Palästinensern schuldig machen.“ Mit ihrer Israelarbeit will die Christliche Medieninitiative pro die bleibende Relevanz des biblischen Themas Israel darlegen. Denn Gottes Liebe zu Israel durchzieht die Bibel. In diesem Sinne möchte Elisabeth Hausen mit seiner Hilfe die Arbeit von Israelnetz gestalten. |

Zusammenarbeit mit Marokko

Vertreter aus Israel und Marokko haben am 8. November eine „weitreichende Kooperation“ im Forschungsbereich unterzeichnet. Beteiligt ist auf israelischer Seite das Dahan-Zentrum für Kultur, Gesellschaft und Bildung im Sephardischen Erbe der Bar-Ilan-Universität in Ramat Gan sowie auf marokkanischer Seite das Zentrum für Studien und Forschung zum Hebräischen Recht in Essaouira.

Die Vereinbarung wurde bei einer zweitägigen Konferenz zu Jüdischem Recht und Kultur in Israel unterzeichnet. Der Leiter der marokkanischen Gesandtschaft, Abderrahim Beyyoud, erklärte, die Veranstaltung habe „einen hohen Stellenwert für die marokkanisch-israelischen Beziehungen“. Es sei die erste Konferenz dieser Art seit Wiederaufnahme von Beziehungen zwischen den beiden Ländern. „Diese Veranstaltung wurde organisiert, um das dringende Verlangen zu betonen, marokkanisch-jüdisches kulturelles Erbe zu bewahren“, sagte der Gesandte. Es werde als Mechanismus dienen, die Beziehungen zwischen den Nationen zu stärken.

Marokko ist bekannt für seine – vor allem im Vergleich zu anderen islamischen Staaten – besonderen Beziehungen zum Judentum. Vor Gründung des Staates Israel lebten hier rund 270.000 Juden, heute sind es noch rund 3.000. Bereits seit 1997 gibt es in Casablanca ein Museum des marokkanischen Judentums. Seit 2011 hält die Verfassung fest, dass auch die jüdische Gemeinschaft zur nationalen Identität im „muslimischen Staat“ Marokko gehört. Im Dezember 2020 unterzeichneten Marokko und Israel eine Vereinbarung zur Normalisierung ihrer Beziehungen. |

Sandro Serafin



IMPRESSUM

Herausgeber

Christliche Medieninitiative pro e.V.
Charlotte-Bamberg-Straße 2
D-35578 Wetzlar
Telefon +49 (64 41) 5 66 77 00
Telefax +49 (64 41) 5 66 77 33
israelnetz.com
info@israelnetz.com

Vorsitzender Dr. Hartmut Spiesecke

Geschäftsführer

Christoph Irion (V.i.S.d.P.)

Büro Wetzlar Elisabeth Hausen
(Redaktionsleitung), Daniel Frick,
Egmond Prill, Martin Schlorke,
Johannes Schwarz

Büro Jerusalem Mirjam Holmer

Titelfoto

Angela Merkel bei einem
Israelbesuch 2014
Quelle: picture alliance

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

17. November 2021

Spenden

Israelnetz lebt von Ihrer Spende.
Volksbank Mittelhessen eG
IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01
BIC VBMHDE5F
www.israelnetz.com/spenden

Liebe Leser,

nach 16 Jahren beendet Angela Merkel ihre Kanzlerschaft. Immer wieder hat sie Deutschlands Solidarität mit Israel betont und ist allein dafür bei vielen Israelis beliebt. Doch fanden die Freundschaftsbekundungen auch in den komplexen Abläufen der internationalen Politik Widerhall? Und wurde die Freundschaft über Absichtserklärungen hinaus wirklich greifbar? In wieweit sind diese glaubhaft, wenn gleichzeitig Organisationen gefördert werden, die zu Israels Auslöschung aufrufen? Mehr zu den nicht ganz eindeutig zu bewertenden Beziehungen lesen Sie ab Seite 6. Die Israelis jedenfalls blicken gespannt und nicht ganz sorgenfrei auf Merkels Nachfolger.

Auch die israelische Regierung schlug mit den Wahlen im Sommer eine neue Richtung ein. Seit den späten 1970er Jahren stellten die ultra-orthodoxen Juden fast durchgängig einen Teil der Regierung – nun sind sie Teil der Opposition. Was das für die Teilnahme am Armeedienst, die Koscher-Zertifizierungen und das Bildungssystem bedeuten kann, erfahren Sie auf Seite 8. Klar ist, dass auch hier Behutsamkeit gefragt ist. Nicht zuletzt geht es darum, dass sich Israel in seinem Selbstverständnis als demokratischer Staat behaupten möchte, der gleichzeitig seinen jüdischen Charakter deutlich machen soll.

Dass die Erinnerung an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte lebendig bleibt, dafür setzt sich ein neues Bildungszentrum im süddeutschen Bad Liebenzell-Maisenbach ein. Das Hilfswerk Zedakah will „der Not im Bildungssystem“ Antworten entgegensetzen. Unter anderem ermöglicht es digitale Begegnungen zwischen deutschen Schulklassen und Holocaustüberlebenden aus Israel. Viel Zeit bleibt dazu nicht mehr. Den Artikel von Carmen Shamsianpur über das Bildungszentrum finden Sie auf Seite 4.

Bereits seit Jahrzehnten setzt sich auch die Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem für eine Erinnerungskultur ein. Mit immer wieder neuen Erkenntnissen macht sie der breiten Öffentlichkeit Ausstellungen zugänglich – vielfach auch digital. Elisabeth Hausen berichtet ab Seite 10 von einer Ausstellung, die zeigt, wie sich Lagerinsassen in Theresienstadt geistig fit hielten, indem sie etwa Arabisch-Vokabeln lernten. In den Aufzeichnungen finden sich neben den hebräischen Entsprechungen auch deutsche Wörter – den Unterricht hielt ein russischer Jude, der vor seiner Inhaftierung als Professor in Halle und Leipzig tätig war.

Gott ist gut! Das bezeugt uns die Bibel – unabhängig aller Widrigkeiten und Umstände. Deshalb gilt auch jetzt, sogar in Zeiten von Unsicherheit, Angst und Pandemie, unumstößlich das Psalm-Wort aus 121: „Siehe, der Hüter Israels schläft noch schlummert nicht.“ Das hebräische Wort für „Hüter/Wächter“ heißt übrigens „schomer“, und daher kommt der deutsche Ausdruck „Schmiere stehen“. Ich wünsche uns, dass wir die anstehende Adventszeit dazu nutzen, diesem Wächter Israels ganz neu nahe zu kommen. Er „steht Schmiere“ – in einzigartiger Weise für Israel, aber letztlich auch für jeden einzelnen von uns.

Lassen Sie uns danach fragen, was diesem Wächter wichtig ist. Dafür möchte Israelnetz Hilfestellung bieten – auch mit dem aktuellen Magazin.

Herzlich grüßt Sie aus Jerusalem,

Mirjam Holmer
Mirjam Holmer



„Was tut ihr gegen Antisemitismus in Deutschland?“

Das christliche Hilfswerk Zedakah widmet sich seit über 60 Jahren dem Dienst an Holocaust-Überlebenden in Israel. Jüngst entstand in der Zentrale in Bad Liebenzell ein multimediales Bildungs- und Begegnungszentrum. Es soll vor allem Jugendlichen in Deutschland einen neuen Blick auf Israel ermöglichen. Den Anstoß dazu gab die Frage einer Holocaust-Überlebenden.

Carmen Shamsianpur

Maisenbach-Zainen ist ein Ortsteil des beschaulichen Bad Liebenzell im Nordschwarzwald. In der strukturschwachen Region werden selten große Investitionen getätigt. Ausgerechnet hier sollen Schulklassen und Jugendgruppen aus dem gesamten Umfeld in einem großen Bildungszentrum ihr Wissen über Israel erweitern. Auch für Touristen, Besucher der umliegenden Kurorte und Menschen mit muslimischem Hintergrund plant das Hilfswerk Zedakah e.V. attraktive Programme. Die Organisatoren können sich schon jetzt vor Anfragen kaum retten.

Eine Spende und eine Frage

2019 begann das Projekt mit zwei entscheidenden Ereignissen. Das eine war eine großzügige, zweckgebundene Spende eines Gastes im Gästehaus „Bethel“: Das sanierungsbedürftige Dach des Versammlungsraumes „Zionsaal“ sollte mit einem Geschoss für Jugendliche aufgestockt werden. Das andere war die Angst einer Holocaust-Überlebenden. Frank Clesle, Leiter der Zedakah-Zentrale, begegnete ihr am Rande einer Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November in Berlin. Sie schilderte ihm, sie verspüre wieder Angst. Der Anschlag auf die Synagoge in Halle war gerade einen Monat her. Clesle berichtete ihr vom Dienst an Holocaust-Überlebenden in Israel und den vielen Freiwilligen, die dort arbeiten. Aber das genügte ihr nicht. Der wachsende Antisemitismus in Deutschland weckte in ihr die Frage: „Was tut ihr dagegen?“. Aus diesen beiden Komponenten entstanden die ersten Pläne für das „iP-Zentrum“. „iP“ steht für „israelPerspektive“. Sowohl für die bauliche als auch die inhaltliche Umsetzung gab es von allen Seiten Rückenwind. Von der Zustimmung der Ämter, öffentlichen und privaten Fördergeldern, ehrenamtlichen Helfern bis hin zum Wetter begünstigte alles die schnelle Realisierung des Vorhabens. Im September 2021 wurden die neuen Räume eingeweiht – und waren bis Ende des Jahres so gut wie ausgebaut.

Gedenkkultur und Pädagogik stehen oft ratlos vor neuen Herausforderungen. Multiethnische Schulklassen, neue Formen des

Antisemitismus und Holocaust-Erziehung ohne Zeitzeugen sind nur die Spitze des Eisbergs. Immer wieder kommen Studien in diesem Bereich zu alarmierenden Ergebnissen. Israelbezogener Antisemitismus und jüdenfeindliche Verschwörungstheorien nehmen zu. 40 Prozent der jungen Erwachsenen in Deutschland wissen nur wenig bis gar nichts über den Holocaust. Viele gute Initiativen gibt es bereits, aber sie sind offensichtlich nicht ausreichend.

Deswegen kann das iP-Zentrum auch eine Antwort für diejenigen sein, die sich fragen: Was können wir tun? Der neue Bereichsleiter des Bildungszentrums, Alexander Cyris, sowie Frank Clesle und ihre Mitstreiter haben die Unmöglichkeiten einfach ausgeblendet und sind mutige Schritte nach vorn gegangen. „Wir haben uns vorgenommen, früh anzufangen“, erklärt Cyris das Konzept, „und zwar sowohl bei der Zeitgeschichte als auch beim Alter der Schüler.“ Denn die meisten außerschulischen Bildungsangebote richteten sich an Jugendliche ab der Mittelstufe und setzten erst beim Holocaust oder der Staatsgründung Israels an. „Wir haben schon unsere ersten Entwürfe für Kindergartenkinder in der Schublade liegen. Begonnen haben wir mit Programmen für die Klassenstufen drei und vier. Die Kinder werden spielerisch und multimedial an das Thema herangeführt. Uns ist wichtig, auch die Geschichte Gottes mit seinem Volk zu vermitteln.“

Besonders die Bildungspläne in Baden-Württemberg für den evangelischen Religionsunterricht liefern hierfür eine Steilvorlage. Anhand des Auszugs aus Ägypten sollen Schüler „biblische Traditionen zu Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden“ kennenlernen. So heißt auch das anderthalbstündige Programm, das im Bildungszentrum bislang am meisten erprobt wurde: „Exodus“. Ein Film, ein XXL-Puzzle, kreative Lego-Installationen und multimediale Frage-Antwort-Spiele helfen Kindern und Jugendlichen, den Exodus „miteinander zu erleben“.

Nichts von alledem ist zu sehen, wenn ein Besucher den großen, holzgetäfelten Raum betritt. Das flache Dach verläuft schräg zu einer großen Fensterfront hin und unterstreicht das Wort „Perspektive“. Die Aussicht erinnert ein bisschen an den weiten Ausblick, den Besucher



Die Zentrale von Zedakah liegt im Schwarzwaldort Bad Liebenzell-Maisenbach in Baden-Württemberg

der israelischen Holocaust-Gedenkstätte „Yad Vashem“ am Ende der Ausstellung genießen – den Blick auf ein lebendiges Israel, in dem Juden frei und selbstbestimmt leben. Vor dem großen Fenster des Zentrums soll ein Israel-Park in Form des jüdischen Staates entstehen.

Alles in dem nahezu leeren Raum, selbst die Kleiderhaken, ist in den Wänden versteckt

Überlebenden den Platz ihrer Eltern einnehmen und deren bewegende Geschichten aus ihrer eigenen Perspektive erzählen.

„Das Echo ist riesig“, sagt Cyris strahlend. „Sowohl die Rückmeldung aus den bisherigen Durchläufen als auch das Interesse von verschiedensten Seiten ist grandios. Eine Polizeihochschule hat angefragt, ob wir Schulun-



und öffnet sich erst, wenn man Knöpfe drückt oder Fragen richtig beantwortet. Dann springt eine beleuchtete Schublade auf und gibt neue Puzzleteile, Lego-Pakete oder Tablets frei. Eine treppenförmige Sitztribüne am Rand kann so auseinandergenommen werden, dass daraus Tische, Bänke und Regale entstehen.

Der Raum beherbergt bereits eine Ausstellung der Künstlerin Marlis Glaser. Mit wenigen Handgriffen war die Halle, in der Kunstinteressierte zahlreiche Werke aus Glasers „Abraham-Projekt“ betrachten konnten, umgebaut in einen Schulungsraum für einen Kunst-Workshop mit Jugendlichen. Am 9. November eröffnete eine Ausstellung mit Lokalbezug, „Judenverfolgung im Landkreis Calw“. Schüler einer Realschule haben sie gemeinsam mit ihrem Lehrer ausgearbeitet. In Zusammenarbeit mit dem Schuldekanat will das iP-Zentrum Schüler und Studenten ermutigen, selbst aktiv und kreativ zu werden und den Raum für ihre eigenen Projekte gegen Antisemitismus zu nutzen.

Die letzten Überlebenden

Regelmäßig werden den Schulklassen auf der großen Leinwand Live-Schaltungen zu Holocaust-Überlebenden in Israel angeboten. Ohne großen Reiseaufwand kann so ein direkter Kontakt entstehen. Und wenn das nicht mehr geht, können die Kinder der Holocaust-

gen zur Sensibilisierung für Antisemitismus durchführen. Dabei stehen wir noch ganz am Anfang. Von den fertigen Plänen sind erst 20 Prozent realisiert. Aber wir sehen eine große Not im Bildungssystem und sind entschlossen, Antworten zu finden.“ Besonders dankbar ist Cyris den ehrenamtlichen Pädagogen, Bauarbeitern und Schreibern, ohne die das Projekt nicht möglich geworden wäre. Auf der Webseite bittet Zedakah um Einsendung von Ideen und sucht „Personen für die ehrenamtliche, pädagogische Mitarbeit zur Ausarbeitung von Stundenentwürfen für Schulklassen und Gruppen“. Auch hier kann sich jeder einbringen. Der leer erscheinende Raum bietet Infrastruktur für Menschen jeden Alters, ihn mit persönlichem Einsatz gegen Antisemitismus zu füllen, ob als Lernender oder Lehrender, als handwerklich oder musisch Begabter.

„Unser Projekt allein wird den Antisemitismus nicht aufhalten“, sagt Cyris. „Aber es ist eine Antwort auf die Frage, was wir tun können, und es kann ein Modell für viele andere sein, die sich diese Frage stellen.“ Die Materialien seien so konzipiert, dass sie bei Bedarf auch in Serie produziert werden können. „Außerdem ist fast alles transportabel. Ich kann es in den Kofferpacken und damit im gesamten deutschsprachigen Raum in die Schulklassen gehen. Wir werden Multiplikatoren ausbilden und mit Gottes Hilfe eine große Nachfrage bedienen.“ |

Auch sehr kleine Kinder bekommen spielerisch die Geschichte Israels vermittelt. Das Bildungs- und Begegnungszentrum in Bad Liebenzell wurde in Rekordzeit fertiggestellt.



In ihrer Rede vor der Knesset bezeichnete Merkel die Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson. Damit prägte sie sich ins Bewusstsein der israelischen Öffentlichkeit.

Seit Jahren loben viele Israelis Deutschland, seine Regierung und insbesondere „haKanzlerit“, die Kanzlerin, für ihre israelfreundlichen Positionen. Dafür, dass sie „so erfrischend aufrichtig und integer ist“, aber auch, weil sie „sich für unsere Interessen einsetzt wie niemand sonst in Europa“.

Die Bundestagswahlen im September wurden auch in Israel sehr genau beobachtet. In Medien und sozialen Netzwerken gab es zahlreiche wertschätzende Kommentare. Besorgt wurde gefragt, wer denn nun die Nachfolge der Israel-Freundin Angela Merkel antreten würde und ob sich der Nachfolger ebenso israelverbunden zeige.

Ein Grund für Merkels Popularität ist eine historische Rede im März 2008: Als erste deutsche Regierungschefin hielt sie eine Ansprache vor dem Jerusalemer Parlament. Auf Hebräisch bedankte sie sich für die Einladung und sagte, es sei „eine große Ehre, in diesem ehrwürdigen Haus“ zu sprechen. Die Rede hielt sie auf Deutsch, worüber es im Vorfeld eigens eine Abstimmung gegeben hatte. Merkel bedankte sich dafür, dass das heute, nur wenige Jahrzehnte nach dem Holocaust und 60 Jahre nach der Staatsgründung Israels, möglich sei. Obwohl es einige wenige Israelis gab, die diesen Auftritt für einen Tabubruch hielten – die meisten Israelis brachten ihr Respekt und Anerkennung gegenüber. Es waren zwei Sätze, die sich tief in das kollektive Gedächtnis der Israelis einprägten: „Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.“

Im Jahr 2005 wurde Merkel deutsche Bundeskanzlerin, neun Jahre später erhielt sie die höchste politische Auszeichnung Israels, die „Ehrenmedaille des Präsidenten“, die ihr Schimon Peres

MERKEL UND ISRAEL

Eine ambivalente Freundschaft

Sieben Mal flog Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer 16-jährigen Amtszeit zu Staatsbesuchen nach Israel – und stieß auf Begeisterung. Was macht die CDU-Politikerin in der israelischen Bevölkerung so beliebt?

Mirjam Holmer

für ihre „herausragenden Leistungen für das Land“ verlieh. Merkel habe Vertrauen innerhalb der sensiblen deutsch-israelischen Beziehungen geschaffen, sagte der damalige Präsident.

Ein Schatz, der gepflegt werden muss

Ein Jahr nach ihrem Amtsantritt kam Merkel zum ersten Mal nach Israel, es folgten sechs weitere Reisen, die letzte trat sie im Oktober dieses Jahres kurz nach den Wahlen an. Sie betonte, dass es ein Arbeitstreffen sei und nicht lediglich ein Abschiedsbesuch.

Die Tatsache, dass Deutschland und Israel heute über so gute Beziehungen verfügen, sei ein „Glücksfall, ein Schatz“, sagte Merkel während einer Pressekonferenz in Jerusalem. „Dieser Schatz muss immer wieder gepflegt werden.“ Durch die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel und das Bewusstsein für gemeinsame Werte stünden die beiden Länder in einem einzigartigen Verhältnis. Sie sei zuversichtlich, dass auch ihr Nachfolger die besonderen Beziehungen pflegen werde. Es sei die Aufgabe Deutschlands, die Verantwortung für die Geschichte immer wach zu halten, „auch wenn es eines Tages keine Zeitzeugen mehr geben wird“.

Während Merkels Amtszeit bescheinigten ihr jüdische Organisationen mit der Verleihung von diversen Preisen ein großes Engagement für die Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen sowie ihren erklärten Kampf gegen Antisemitismus. Dazu gehören Auszeichnungen des Zentralrats der Juden in Deutschland, des Jüdischen Museums Berlin, des Jüdischen Weltkongresses sowie des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. In Israel erhielt sie im Laufe ihrer Amtszeit vier Ehrendoktorwürden von Universitäten.

Die andere Seite

Doch die vielen freundschaftlichen Anerkennungen täuschen nicht über einen zweiten Aspekt der Beziehungen hinweg. Denn vor allem mit Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt unterschied sich die Sicht der deutschen Regierung deutlich von der israelischen. Bis zuletzt hat Merkel die Unterstützung der deutschen Regierung für die „Zwei-Staaten-Lösung“ betont und auch die Siedlungstätigkeiten von israelischen Juden in den umstrittenen Gebieten anhaltend kritisiert. Höchstwahrscheinlich war das auch der Grund dafür, dass 2017 die 2008 eingeführten Regierungskonsultationen zwischen den Ländern ausfielen.

Die deutsche Botschaft steht bis heute in Tel Aviv und nicht etwa in Jerusalem. Damit ist Israel der einzige Staat weltweit, dessen Entscheidung, seine Hauptstadt zu wählen, Deutschland nicht anerkennt – wobei die Staatsbesuche natürlich trotzdem fast ausschließlich nach Jerusalem führten, wo fast alle Ministerien ihren Sitz haben.

Als der damalige US-Präsident Donald Trump Anfang 2018 drastische Kürzungen für die UNRWA, das sogenannte Palästinenser-Flüchtlingshilfswerk, ankündigte, reagierte die deutsche Regierung unter Merkel schnell. Es war ihr wichtig, eine Erhöhung der bisherigen eigenen Zahlungen in Aussicht zu stellen.

Zweifelsohne war die Kommunikation und Abwicklung der US-Kürzungen nicht sonderlich diplomatisch und sorgte bei den Europäern zu Recht für Empörung. Doch die Bundesregierung fragte nicht etwa nach den Gründen der Kürzung von Geldern an eine Organisation, die nicht nur deswegen fragwürdig ist, weil sie mehr oder weniger offen Terror gegen Juden unterstützt und in den von ihr betriebenen Schulen die Auslöschung des jüdischen Staates fordert. Stattdessen waren sich Europa und allen voran die Deutschen einig, dass die Zahlungen weiterhin notwendig seien. Die Bundesregierung erhöhte diese in den vergangenen Jahren kontinuierlich und bedingungslos, seit 2019 ist Deutschland der größte UNRWA-Geldgeber.

Dreieinhalb Jahre nach der ursprünglichen Ankündigung, die Gelder zu erhöhen, nur wenige Tage vor den Bundestagswahlen gab das palästinensische Nachrichtenportal Wafa bekannt, dass Deutschland der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) eine Unterstützung von 100 Millionen Euro zugesichert habe. Diese sollten innerhalb der nächsten zwei Jahre ausgezahlt werden. Wofür die Finanzen genau bestimmt seien, wurde nicht weiter ausgeführt.

Ebenso ist die deutsche Regierung an Projekten in palästinensischen Flüchtlingslagern beteiligt, in denen Mitglieder der – von der EU so eingestuft – palästinensischen Terrorgruppen Hamas, PFLP und Islamischer Dschihad beteiligt sind.

Ehrendoktorwürden

2007 Hebräische Universität Jerusalem: Philosophie

2011 Universität Tel Aviv: Für ihre Verdienste um die deutsch-israelischen Beziehungen

2018 Universität Haifa: Für ihren Führungsstil, der auf den Prinzipien von Gleichheit, Freiheit und Menschenrechte basiert. Sie sei Vorbild für Frauen auf der ganzen Welt

2021 Technion Haifa: Für ihren Führungsstil sowie den unerschütterlichen Beitrag zu einer starken Freundschaft und den tiefen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel

Wie die Organisation NGO Monitor oder das Nahost-Forschungszentrum (CFNEPR) um den Journalisten David Bedein aufzeigen, weisen zahlreiche Querverbindungen von den politischen Stiftungen in Jerusalem und Ramallah hin zu palästinensischen Parteien und Gruppierungen, die mit dem Selbstverständnis deutscher Demokratie nur schwer in Einklang zu bringen sind. Mehrere dieser Stiftungen werden unter anderem von der Bundesregierung unterstützt.



2014 überreichte der damalige Staatspräsident Peres der deutschen Kanzlerin die höchste politische Auszeichnung des jüdischen Staates

Auch im Abstimmungsverhalten der Ära Merkel bei der UNO blieben Fragen offen, wie genau die Sicherheit des israelischen Staates als deutsche Staatsräson zu verstehen sei. Immerhin stimmte Deutschland etwa 2018 bei 21 eingereichten Resolutionen gegen Israel lediglich ein Mal dagegen. 16 Mal stimmte es zu, viermal enthielt es sich.

Irritiert hat so manchen Israeli zudem die Offenherzigkeit, mit der Merkel im Sommer 2015 die Grenzen für Flüchtlinge aus Ländern öffnete, die Israel feindlich gegenüberstehen. Deren antisemitische Prägung sehen viele als Gefahr für jüdisches und israelisches Leben in Deutschland. Ebenso wünscht sich so mancher Israeli eine klarere Haltung der Deutschen zu den iranischen Vernichtungsdrohungen.

Die Bilanz der 16-jährigen Regierungszeit der Bundeskanzlerin und ihrer Beziehung zu Israel bleibt also ambivalent und ihre Beliebtheit ist alles andere als selbstverständlich. Möglicherweise hat ein Israeli mit deutschen Wurzeln das Phänomen ganz gut auf den Punkt gebracht, als er im November sagte: „Ja, vielleicht gibt es Gelder, die im Hintergrund fließen und die sich gegen uns richten. Aber es ist doch wichtig, dass sich Frau Merkel vor aller Welt hingestellt hat und uns ihre Solidarität bekundet. Ich glaube, wir mögen sie vor allem deshalb, weil sie so vieles darstellt, das wir nicht sind und uns von unseren eigenen Politikern wünschen: sie ist aufrichtig, sie ist ehrlich, sie hat keine Skandale an der Hacke und steht zu ihrem Wort.“ |

GESELLSCHAFTSREFORMEN

Regierung für heiße Eisen

Kaum sitzen die Ultra-Orthodoxen nicht mehr in der Regierung, geht es ans Eingemachte: In einigen Reformvorhaben soll es einschneidende Veränderungen für sie geben. Dabei geht es auch um die Zukunftsfähigkeit des Staates.

Daniel Frick



Ein Aufseher des Oberrabbinats verteilt Koscher-Lizenzen. Nach dem Willen des Religionsministers Kahane sollen dies bald private Agenturen erledigen.

Das die aktuelle Regierung ein Bündnis von höchst unterschiedlichen Strömungen ist, hat sich inzwischen herumgesprochen. Und auch, dass ein Mosaikstein der bunten israelischen Gesellschaft dort nicht mehr vorhanden ist: Die Ultra-Orthodoxen finden sich seit Juni in der Opposition wieder. Und manche Politiker sehen nun die historische Chance, Reformen anzupacken, die die strenggläubigen Juden seit Jahren und Jahrzehnten verhindern konnten.

Vergleichsweise harmlos muten die Pläne für die Schulbildung an, die die Vorsitzende des Erziehungsausschusses in der Knesset, Scharren Haskel, am 11. Oktober verkündete. Die Politikerin der konservativen Partei „Neue Hoffnung“ will eine Regelung erreichen, „um das richtige Format zu finden, damit haredische Kinder ihr Potential nach eigener Wahl verwirklichen können“.

Das Schulsystem der aschkenasischen Ultra-Orthodoxen erhält zwar Staatsgelder, untersteht aber nicht der Regierungsaufsicht. Das Problem: Jungen in diesen Schulen lernen, im Gegensatz zu den Mädchen, keine Kernfächer wie Mathematik, Naturwissenschaft, Computertechnik oder Englisch. Entsprechend haben sie später Schwierigkeiten in der Ausbildung oder auf dem Arbeitsmarkt. Da die Gruppe der Ultra-Orthodoxen wächst, wird das auch zu einem Problem für ganz Israel. Der Ökonom Dan Ben-David sagt voraus, dass der Bevölkerungsanteil der Haredim von aktuell 9 Prozent bis zum Jahr 2065 auf 35 Prozent wachsen wird.

Haskel sieht nun ein Momentum, diese Problematik anzugehen: „Bislang war das Thema ein heißes Eisen, das niemand anfassen wollte. Doch nun, in der gegenwärtigen Regierung, haben wir die Chance für notwendige Veränderungen, die sogar die Vertreter der haredischen Öffentlichkeit wollen, aber nicht herbeiführen können.“

Eine Pflicht für alle

Tatsächlich hatte ein anderes „heißes Eisen“ mit für die politische Krise der vergangenen Jahre gesorgt: Ende 2018 löste sich die Knesset wegen des Streits um ein Gesetz zur Regelung der Wehrpflicht für Ultra-Orthodoxe auf. „Jesch Atid“-Chef Jair Lapid, damals in der Opposition, befürchtete, der Likud mache mit den Ultra-Orthodoxen einen Deal: Demzufolge würden Wehrpflichtverweigerer unter der Hand entschädigt werden für Sanktionen, die sie laut dem damals geplanten Gesetz bekommen hätten. Daher verkündete Lapid, seine Partei werde gegen das Gesetz stimmen. Wegen des Rücktritts des damaligen Verteidigungsministers Avigdor Lieberman (Israel Beiteinu) einen Monat zuvor hatten die Regierungsparteien ohnehin nur noch eine knappe Mehrheit und gaben damit den Weg für für Neuwahlen frei.

Zweieinhalb Jahre und drei weitere Wahlen später gehören sowohl der Likud des bisherigen Premiers Benjamin Netanjahu als auch die ultra-orthodoxen Parteien der Opposition an. Und eine kleine Reform ist inzwischen auf den Weg gebracht: Die neue Regierung stimmte Ende August dafür, das Alter für Ausnahmen vom Wehrdienst von 24 auf 21 zu senken. Denn viele Ultra-Orthodoxe ziehen ihr Bibelstudium in die Länge, bis sie das nötige Alter erreicht haben, um dem Dienst zu entgehen. In dieser Zeit stehen sie weder der Armee noch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Ziel ist es nun, diese Menschen zu einer der Alternativen zu bringen. Künftig soll das Alter wieder angehoben werden – verbunden mit der Möglichkeit, nur Wehersatzdienst zu leisten, wenn die betreffende Person einer Ausbildung oder einer Arbeit nachgeht. Die Knesset muss diesem Plan allerdings noch zustimmen.

Politische Existenzdebatten

Während bei diesem Thema schon hart gestritten wird, tobt auch in einem anderen Bereich ein Kulturkampf: Am 20. Juli kündigte Religionsminister Matan Kahane (Jamina) die Reform des Kaschrut-Systems an, also der Vergabe von Koscher-Lizenzen für Restaurants, Hotels und Geschäfte. Selbstbewusst sprach er von einer „Revolution, die ich anführe“. Einen wichtigen Sieg hat er in der ersten Novemberwoche errungen, als die Knesset den Plänen zustimmte.

Dabei waren die Widerstände im Vorfeld groß: Das Oberrabbinat sprach von einem „Krieg gegen religiöse Angebote, dessen Fernziel die Abschaffung der jüdischen Identität Israels ist“. Ähnlich äußerte sich der Schass-Vorsitzende Arje Deri. Aus der ebenfalls ultra-orthodoxen Partei „Vereinigtes Tora-Judentum“ hieß es, Kahane wolle „das Judentum auslöschen“.

Bereits im Jahr 2017 hatte der damalige Staatsprüfer Josef Schapira Korruption und Vetternwirtschaft im aktuellen System angeprangert. So hatten etwa einige „Aufseher“, die vor Ort die Zertifikate vergaben, einen Lohn für 27 Arbeitsstunden pro Tag bekommen. Ein anderer Kritikpunkt ist das Kaschrut-Monopol und die damit verbundene Machtfülle des Oberrabbinats: Die Zeitung „Ha'aretz“ berichtete erst in diesem Sommer von einem Falafel-Imbiss, der wegen der Corona-Krise monatelang schließen musste und in dieser Zeit keine Gebühr für die Koscher-Lizenz zahlte. Als der Besitzer bei Wiedereröffnung eine neue haben wollte, sollte er für diese Monate nachzahlen, weigerte sich jedoch. Die Kaschrut-Behörde verteilte daraufhin Plakate mit Warnungen vor dem Imbiss.

Die Reform, die ab 2023 greifen soll, sieht nun vor, dass künftig private Behörden die Koscher-Lizenzen vergeben und nicht mehr nur die Rabbinate, die unter Aufsicht des Oberrabbinats stehen. Das Oberrabbinat selbst gibt nur noch die Regeln vor und überprüft, ob sich die privaten Behörden daran halten. Die dafür zuständige Person ernennt der Religionsminister. Ein Kritikpunkt aus Sicht der Ultra-Orthodoxen: Sofern drei lokale Rabbis dem zustimmen, kann eine Behörde die Vorgaben des Oberrabbinats auch „unterbieten“ und etwa ein Restaurant für „koscher“ erklären, wenn es am Schabbat öffnet.

Von dem entstehenden „Zertifikate-Markt“ erhofft sich Kahane nicht nur einen Rückgang der Korruption, sondern auch günstigere Lizenzen. Ein mittelgroßes Restaurant zahlt etwa 2.500 Euro pro Jahr für den „Koscher“-Stempel. Langfristig soll die Reform auch zu günstigeren Alltagspreisen führen.

Nicht minder kontrovers geht es bei der angestrebten Reform im Konversions-System zu. Die Pläne sind noch in der Schublade, aber auch hier geht es im Kern um Dezentralisierung. Bislang läuft ein Übertritt zum Judentum nur über das Oberrabbinat, auch wenn andere Strömungen, wie etwa das Reform-Judentum, auf diesen Schritt vorbereiten können. In Zukunft soll es jedoch auch städtischen Rabbis anderer Strömungen erlaubt sein, Konversionen vorzunehmen. Die Ultra-Orthodoxen befürchten auch hier eine Aufweichung der Kriterien. „Was die Reform- und konservativen Juden ‚Konversion‘ nennen, ist eine Fälschung des Judentums“, meldete sich etwa der sephardische Oberrabbiner Jitzchak Josef zu Wort. Und sein aschkenasischer Amtskollege David Lau stellt klar: Wer so konvertiere, „ist kein Jude“.

Ein schmaler Grat

Äußerungen dieser Art zeigen, dass die Regierung gut beraten ist, bei ihren Vorhaben behutsam vorzugehen. Selbst eine verabschiedete Reform wie im Falle des Kaschrut-Systems will erst einmal umgesetzt werden. Dass einzelne Politiker das wissen, zeigt vielleicht die Haltung der Abgeordneten Haskel: Sie betonte bei der Vorstellung der Bildungsreform, dass dafür die Ultra-Orthodoxen auf die eine oder andere Weise mit ins Boot geholt



Scheut nicht den Konflikt mit den Ultra-Orthodoxen: Religionsminister Kahane

werden müssten: „Wir werden dies in Zusammenarbeit mit dem haredischen Sektor im Bildungsministerium, mit dem Finanzministerium und mit führenden Figuren der haredischen Gesellschaft tun.“

Avigdor Lieberman, in der neuen Regierung der Finanzminister, zeigte hingegen weniger Feingefühl und zog damit auch den Unmut einiger Regierungsmitglieder auf sich. Drei Wochen nach der Regierungsbildung kündigte er Pläne an, denen zufolge es keine Subventionen mehr für die Tagesbetreuung der Kinder von Ultra-Orthodoxen geben wird, sofern nicht beide Elternteile einer Arbeit nachgehen. Es geht hier um monatliche Zahlungen von rund 270 Euro, betroffen wären 20.000 Familien. Ein ungenannter Minister erklärte gegenüber der „Times of Israel“, Lieberman gefährde so den erzielten Fortschritt: „Wir haben versprochen, den Ultra-Orthodoxen nicht zu schaden. Sowohl (Regierungschef Naftali) Bennett als auch Lieberman haben dies wiederholt.“

In der Geschichte Israels ist es nicht das erste Mal, dass keine Ultra-Orthodoxen der Regierung angehören – zuletzt war das zwischen 2013 und 2015 der Fall. Aber nun scheint doch ein anderer Wind zu wehen. Rückhalt hat die Regierung nicht zuletzt vom Obersten Gerichtshof, der in diversen Urteilen der vergangenen Jahre Reformbedarf angemeldet hat, von der Wehrpflicht über die Kaschrut-Gesetze bis hin zur Konversion.

Premierminister Bennett (Jamina) hat ein Kernziel seiner Regierung jedenfalls in seltener Offenheit formuliert: „Israel ohne den religiösen Aspekt wäre nicht das Israel, das ich will, denn wir sind ein jüdischer Staat. Ich bin froh, dass es die Haredim gibt, aber wir müssen ihren Einfluss begrenzen.“ |

Haushalt für zwei Jahre verabschiedet

Erstmals seit 2018 hat Israel wieder einen Staatshaushalt. Zunächst verabschiedete die Knesset in der Nacht zum 4. November das Paket für 2021. Wäre dies bis zum 14. November nicht gelungen, hätte sich das Parlament auflösen müssen. Das hätte einmal mehr zu Neuwahlen geführt. Für diesen Haushalt



Freude über den Haushalt: (v.l.) Lapid, Bennett und Lieberman auf einer gemeinsamen Pressekonferenz

votierten 61 der insgesamt 120 Abgeordneten. Er beläuft sich auf eine Rekordsumme von umgerechnet 169 Milliarden Euro. Grund dafür sind die hohen Ausgaben infolge der Corona-Pandemie.

Nur einen Tag nach der Abstimmung legte die Knesset nach: Mit 59 zu 56 Stimmen bewilligte sie auch das Budget für das Jahr 2022. Dafür wäre bis März Zeit gewesen.

Finanzminister Avigdor Lieberman (Israel Beiteinu) sagte: „Wir haben einen Haushalt verabschiedet, der dem politischen System Stabilität und der israelischen Wirtschaft Klarheit bringt. Danke an alle und Glückwunsch dem Staat Israel.“

Regierungschef Naftali Bennett (Jamina) schrieb nach der Verabschiedung auf Twitter: „Heute Nacht ist Israel zurück in der Spur.“ Außenminister Jair Lapid (Jesch Atid) betonte: „Wir haben Verantwortung übernommen. Wir haben unser Versprechen erfüllt.“ Gemäß der Rotationsvereinbarung soll Lapid im August 2023 Premierminister werden. Er hatte den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten, nachdem der bisherige Amtsinhaber Benjamin Netanjahu (Likud) gescheitert war.

Kritik am umgerechnet rund 159 Milliarden Euro umfassenden Haushalt für das nächste Jahr kam aus der Opposition. Der Abgeordnete Uri Maklev (Vereinigtes Tora-Judentum) bemängelte, ein Teil der Steuererhöhungen werde die ultra-orthodoxen Gemeinschaften am meisten treffen. Der Haushalt „erlegt der Öffentlichkeit wirtschaftliche Einschnitte auf und schadet der jüdischen Identität des Landes“. Die ebenfalls ultra-orthodoxe Schass-Partei sprach von einem „brutalen und absichtlichen Schlag gegen Ältere, Benachteiligte und Bewohner der Peripherie, und Familien mit vielen Kindern“. |

Elisabeth Hausen

Anzeige

Gott lässt Israel erblühen

Stellen Sie sich vor, Sie sind ein Teil davon.

Aus aller Welt kommen immer mehr Menschen zurück, die in Israel leben wollen. Sie spüren: Hier schreibt Gott Geschichte. Hesekiel 36,35: „Dieses Land war eine Wüste, jetzt ist es wie der Garten Eden geworden.“

Mir Ihrer Investition in unsere Immobilienprojekte können Sie sich genau daran beteiligen.
Ihr Doron Schneider



Jetzt informieren und investieren:
www.ganeden.de

Hotline +49 1525 7643642



Bennett und Shtajje beim Weltklimagipfel

Der israelische Premierminister Naftali Bennett hat den Beitrag seines Landes zum Klimaschutz betont. Der Jamina-Chef sprach am 1. November während der Auftaktveranstaltung zur Weltklimakonferenz COP26 im schottischen Glasgow. „Isra-



Bennett lobte auf der Klimakonferenz in Glasgow das Potential der Israelis

el befindet sich am Anfang einer Revolution im Klimawandel“, sagte er laut Mitteilung seines Büros. Nie vorher habe das Land so viel getan, um saubere Energie zu fördern und Treibhausgase

zu reduzieren. Zum ersten Mal habe es sich verpflichtet, die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 auf Null zu senken. Als wertvollste Energiequelle seines Landes bezeichnete der israelische Regierungschef „die Energie und die Intelligenz unseres Volkes“. Diese müsse gefördert werden.

Shtajje beschuldigt Siedlungen

In der Auftaktveranstaltung meldete sich auch der Premierminister der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Mohammed Shtajje, zu Wort. Der Fatah-Politiker bezeichnete israelische Siedlungen und deren Abfall als die größten Umweltgefahren für „Palästina“. „Israels koloniale Maßnahmen, die sich gegen Land, Bäume und Wasservorräte richten, erfordern eine unverzügliche Einstellung dieser Angriffe“, zitiert ihn die palästinensische Nachrichtenseite WAFA.

„Rund 2,5 Millionen Bäume wurden seit 1967 entwurzelt“, ergänzte Shtajje demnach. „Außerdem stiehlt Israel jährlich 600 Millionen Kubikmeter aus Palästinas Wasserreservoirs.“ Der Premierminister sagte weiter, „Palästina“ gehöre zu den führenden Ländern, wenn es um die Vorbereitung eines nationalen Planes für die Anpassung an den Klimawandel gehe. |

Elisabeth Hausen

Mehr Araber in den Hightech-Sektor

Seit Ende September betreibt die israelische Organisation „Moona“ mehrere Hightech-Akademien in Randbezirken. Sie will Arabern und unterprivilegierten Gruppen Knowhow vermitteln und neue Berufsperspektiven eröffnen. Die israelische Regierung, die US-Botschaft in Israel, lokale Behörden sowie eine Reihe von Firmen und Einrichtungen unterstützen die Arbeit.

„Moona – Raum für Veränderung“ heißt die Organisation, die 2013 von dem ehemaligen israelischen Luftwaffenpiloten Assaf Brimer gegründet wurde. Ihre Zentrale sitzt im Norden Israels in dem arabischen Dorf Madschd al-Kurum. Dort weihte die Organisation auch die neuen Akademien ein.

Das Ziel von Moona ist es, Gruppen miteinander zu verbinden, die durch Konflikte, aber auch Alter und sozialen Status voneinander getrennt sind. So arbeiten in den Akademien arabische und jüdische Israelis, orthodoxe und säkulare Juden und Muslime, Schüler und Rentner zusammen. Von Fachpersonal werden sie an verschiedenste Technologien herangeführt, wie sie zum Beispiel in modernen Robotern und Drohnen zum Einsatz kommen.

Die Firmenphilosophie lautet: „Du wirst wachsen, wenn dein Nachbar wächst“. Eine gesunde Gesellschaft brauche sozialen Zusammenhalt, sagte Brimer. Außerdem könne sich nie das volle Potenzial einer Gesellschaft entfalten, solange nicht alle Zugang zu entsprechendem Wissen hätten. Bis Ende 2022 will die Organisation zehn weitere Zentren in Israel eröffnen. Brimer möchte in Zukunft auch die Palästinenser in Gaza einbeziehen und sein Modellprojekt weltweit verbreiten. |

Carmen Shamsianpur

Balsam – ein biblisches Geheimnis

Aus Balsam gewannen Menschen in biblischer Zeit ein betörendes Parfum. Dieses wurde für teures Geld in die ganze damalige Welt exportiert. Auch Kleopatra liebte es. Bis heute ist unbekannt, aus welchem Baum das Parfum hergestellt wurde. Seit Jahren ver-

suchen Forscher, dem Balsam auf die Spur zu kommen.



Der Amethyst zeigt die Balsampflanze mit Blättern und Früchten

Jetzt haben Archäologen in einem Abflusskanal unter dem großen Zugang zum Tempelberg in Jerusalem einen 10 Millimeter großen Amethyststein gefunden. Er hatte sich offenbar im 1. Jahrhundert nach

Christus vom Ring eines reichen Juden gelöst. In den Stein eingeritzt ist die erste bekannte Abbildung der Balsampflanze, mit Blättern und Früchten. Mit dem Amethyst können die Forscher nun erneut nach der seltenen Pflanze suchen.

Balsam wird in der Bibel mehrfach erwähnt. So heißt es etwa in 1. Mose 37,25 über Josefs Brüder: „Und sie setzten sich nieder, um zu essen. Indessen hoben sie ihre Augen auf und sahen eine Karawane von Ismaelitern kommen von Gilead mit ihren Kamelen; die trugen kostbares Harz, Balsam und Myrrhe und zogen hinab nach Ägypten.“ |

Ulrich W. Sahn



Das Eingangstor zum Ghetto Theresienstadt in Tschechien

TROTZ NATIONALSOZIALISTISCHEN VERBOTS

Lernen in Ghetto und KZ

Lehren und Lernen ist für Juden ein hohes Gut. Auch in Ghettos und Konzentrationslagern fanden sie häufig Möglichkeiten, Kindern Wissen zu vermitteln – das geschah zum großen Teil unter Lebensgefahr. Die Nationalsozialisten indes versuchten, das jüdische Streben nach Bildung durch Verbote zu stoppen.

Elisabeth Hausen

Das hebräische Wort „Tora“ bedeutet wörtlich: Weisung, Lehre. Somit hat das Lernen in der jüdischen Tradition einen besonderen Stellenwert. Jungen und Mädchen sollen Lesen lernen und somit befähigt werden, Gottes Wort zu verstehen. Aber auch eine umfassende Bildung, die über das Theologische hinausgeht, gilt als erstrebenswert. Zu diesem Zweck gründeten Leopold Zunz und seine Mitstreiter 1819 in Berlin die „Wissenschaft des Judentums“. Selbst vor den Toren der Ghettos und Konzentrationslager hörte das Streben nach Bildung und Wissen nicht auf.

Was das etwa für Theresienstadt bedeutete, zeigt die Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem aktuell in einer kleinen Ausstellung. Theresienstadt war eine Mischung aus Ghetto und Konzentrationslager. Dort war ein Zionist aus Russland interniert, der Eretz Israel (das

Land Israel) besucht hatte: der 1884 geborene Moises Woskin-Nahartabi. Vor der Deportation arbeitete er als Professor für semitische Sprachen in Halle/Saale. 1923 gründete er in Leipzig die Privatschule „Techija“ für hebräische Sprache und Li-

deportiert. Doch dies bedeutete nicht das Ende seiner Lehrtätigkeit: Auch im Lager gab er Kurse, in denen er auf Hebräisch seinen Schülern auch Wissenswertes über Eretz Israel vermittelte. Trotz der schweren physischen Bedingungen und des

„Komischerweise war das den Deutschen furchtbar wichtig, dass wir nicht lernen.“

Die Auschwitz-Überlebende Edita Kraus

teratur. Der Name heißt „Auferstehung“. Ein paar Jahre nach der nationalsozialistischen Machtergreifung zog er nach Prag. Am 13. Juli 1943 wurden Nahartabi, seine Frau und die Tochter nach Theresienstadt

Mangels an Lehrmaterial gelang es den Juden im Ghetto Theresienstadt, ein Bildungswesen aufrecht zu erhalten. Dieses umfasste unter anderem Sozialarbeit und jüdische Bildung. Dokumente zeigen, dass

Naharbati seinen Mitgefangenen sogar literarisches Arabisch beibrachte. Dies geschah durch Übersetzen von hebräischen und arabischen Texten in beide Richtungen. Die Notizhefte enthalten auch Vokabeln, die zur aktuellen Situation der Internierten passen, wie „Leiden“, „Armut“ oder „Angst“. Dem stellten die Juden im Ghetto positive Wörter entgegen, wie „Schönheit“, „nützlich“ oder auch „wunderbar“. Um sich die Sprache anzueignen, übersetzten sie Abschnitte aus der Bibel,

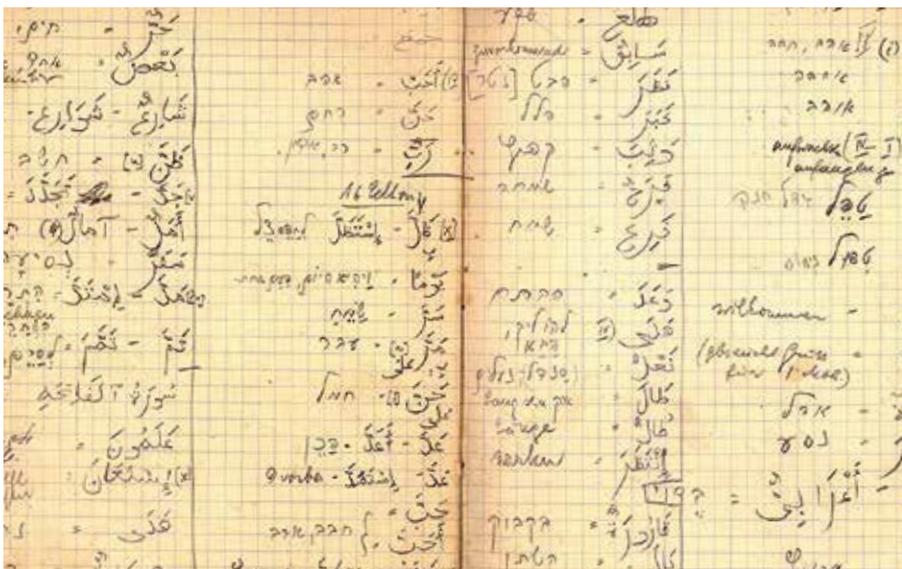
mich besonders. Komischerweise war das den Deutschen furchtbar wichtig, dass wir nicht lernen“, erinnerte sich die Überlebende Edita (Dita) Kraus, die mit 13 Jahren nach Theresienstadt kam, 2018 in einem Gespräch mit dem deutschen Nachrichtensender „n-tv“.

Doch allen Verboten zum Trotz gab es sogar in Auschwitz-Birkenau Unterricht. Der Block 31 diente 1944 für einige Monate als Kinderblock. Jüdische Jungen und Mädchen durften in einer besonderen

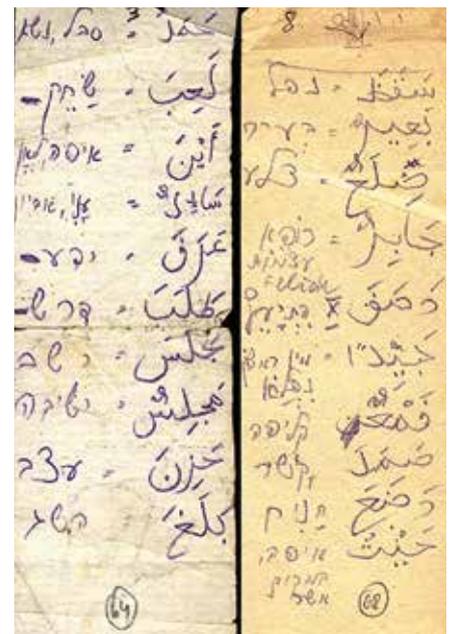
schon immer gespannt die Fortsetzung.“

Die junge Tschechin erlebte das Kriegsende in Bergen-Belsen. Sie heiratete einen Leidensgenossen aus dem Lager, Ota Kraus. Gemeinsam wanderten sie 1949 nach Israel aus. Als 92 Jahre alte Witwe lebt Kraus heute in der Küstenstadt Netanja. Bücher haben immer noch einen besonderen Wert für die Lehrerin im Ruhestand.

Der spanische Schriftsteller Antonio Iturbe hat ihre Erlebnisse in seinem 2012



Seiten aus einem arabisch-hebräischen Vokabelheft aus Theresienstadt – mit deutschen Notizen dazwischen



etwa die Anfangskapitel des 1. Buches Mose. In den Notizheften sind auch deutsche Anmerkungen zu sehen.

Über die genauen Beweggründe des Arabischunterrichts ist nichts bekannt. Die Holocaust-Gedenkstätte vermutet, dass Nahartabi möglicherweise ein konkretes Ziel hatte: Falls die Juden nach dem Ende der Verfolgung Israel erreichen sollten, könnten sie sich dort mit der arabischen Bevölkerung verständigen. Dem strebsamen Lehrer selbst war dies nicht vergönnt: Er wurde anderthalb Jahre nach seiner Ankunft von Theresienstadt nach Auschwitz deportiert und dort einen Tag später – am 20. Oktober 1944 – ermordet.

Von den Nazis verboten

Dem jüdischen Bildungshunger entgegen gesetzt war das Vorgehen der Nationalsozialisten. Sie verwehrten Juden in ihrem Machtbereich den Schulbesuch. „Das traf

Baracke spielen und Sport treiben – aber nichts lernen. Doch erwachsene und jugendliche Betreuer widersetzten sich dem. Sobald kein Aufseher in der Nähe war, bildeten sie Gruppen, in denen Erwachsene den Kindern etwas beibrachten. Acht kostbare Bücher waren irgendwie nach Auschwitz gelangt. Diesen Schatz betreute die damals 14-jährige Dita: Lehrer mussten ihr am Vortag sagen, welches Buch sie benötigen würden. Wenn ein Aufseher erschien, schwenkten alte und junge Häftlinge sofort um – vom Unterricht zum Zeitvertreib. Unter Lebensgefahr sorgte Dita dafür, dass die Nationalsozialisten die Bücher nicht entdeckten.

Doch wie reichten acht Bücher für so viele Kinder aus? Kraus erzählte in dem Interview: „Betreuer, die sich ein Buch gemerkt hatten, gingen von einer Gruppe zur anderen und waren ein lebendiges Buch. Sie erzählten kapitelweise in den Gruppen und die Kinder erwarteten dann

erschiedenen Roman „Die Bibliothekarin von Auschwitz“ verarbeitet. Während der Recherchen für das Buch hat er auch mit der Überlebenden gesprochen. Eine wichtige Rolle bei dem Projekt des Kinderblockes spielte Fredy Hirsch, ein Mitglied des jüdischen Pfadfinderbundes in Deutschland. Er betreute sowohl in Theresienstadt als auch in Auschwitz Kinder. Iturbe zitiert ihn: „Es spielt keine Rolle, wie viele Schulen die Nazis schließen. Wann immer jemand in einer Ecke steht und etwas erzählt und dabei ein paar Kinder um ihn herumstehen und ihm zuhören, ist dort eine Schule gegründet worden.“

Der Autor zeigt auf, wie Bildung und vor allem Bücher im Grauen der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung einen Unterschied machen konnten. Das gilt auch für den Arabischunterricht in Theresienstadt. |

Weltkrieg aus Sicht Palästinas

Der deutsch-israelische Historiker Dan Diner wirft einen ungewohnten Blick auf den Zweiten Weltkrieg. Im Fokus: Palästina als geopolitischer Angelpunkt vor allem für das britische Empire.

Eine Rezension von Sandro Serafin

Das Wissen darüber, dass der Zweite Welt(!)krieg nicht nur in Europa, sondern nahezu auf der ganzen Welt tobte, spielt in der kollektiven Erinnerung der Deutschen kaum eine Rolle. Dabei gab es doch neben Europa noch so viele andere Kriegsschauplätze, die das Leben von Millionen Menschen prägten. Der israelische Historiker Dan Diner tritt mit seinem im Frühjahr erschienenen Buch „Ein anderer Krieg“ eben dieser „eingeschliffenen Wahrnehmung“ entgegen und setzt ihr eine ungewohnte Perspektive auf den Weltenbrand entgegen: die eines Blicks von Süd nach Nord, anstatt von Deutschland ausgehend. Genauer: Diner hat den Anspruch, „das jüdische Palästina“ in den Fokus seiner Untersuchung zu rücken.

Dass es dem Autor, der von 1999 bis 2014 das Simon-Dubnow-Institut in Leipzig leitete, dabei nicht darum geht, eine Geschichte des Zweiten Weltkriegs „in“ Palästina zu schreiben, wird schnell deutlich. Obwohl die Lage der jüdischen Gemeinschaft (Jischuv) im Buch durchaus eine Rolle spielt, liefert es weniger dessen Nahaufnahme als vielmehr einen geopolitisch geprägten Blick aus der „globalen Ferne“ auf den Nahen und Mittleren Osten im Kontext des Krieges.

Dabei lässt Diner Palästina als einen „Schnitt- und Angelpunkt“ hervortreten, an dem die europäische mit der außer-europäisch-kolonialen Dimension des Kriegs aufeinandertraf. Deutlich wird die

Als „imperialer Knotenpunkt“ hatte Haifa für die Briten eine wichtige Funktion – und wurde deswegen von Fliegern der „Achse“ bombardiert



Rolle der Region als Teil eines Schutzwalls für die britische Kronkolonie Indien. Haifa spricht Diner sogar den Status eines „imperialen Knotenpunktes“ zu: Hier endete eine Ölpipeline aus Kirkuk, die für die Versorgung der britischen Mittelmeerflotte von wichtiger Bedeutung war – mit der Folge, dass die Stadt ab 1940 zum Opfer italienischer und später auch deutscher Luftwaffenangriffe wurde.

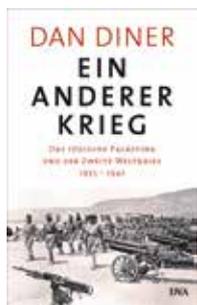
Besonders interessant nehmen sich die grenzübergreifenden Verschränkungen der unterschiedlichen Konfliktschauplätze und Interessenslagen aus, die im Buch deutlich werden. Die antijüdische Politik der Briten in Palästina schildert Diner als Reaktion auf die „muslimische Internationalisierung der Palästina-Frage“. Vor allem die indischen Muslime hatte London sich gewogen zu halten.

Doch der Autor bleibt mit seinen Analysen nicht bei Palästina stehen. So finden sich etwa auch umfassende Ausführungen zur Situation in Indien wieder. Die Verbindungslinien zum eigentlich benannten Thema werden an diesen Stellen bisweilen dünn. Das Werk ist hier eher ein Blick auf das britische Empire und den Zweiten Weltkrieg als auf das „jüdische Palästina“, wie es der Untertitel verspricht. Leser, die primär an der Situation in Palästina interessiert sind, werden hier einige Seiten überspringen können.

Auf ihre Kosten kommen sie am Ende gleichwohl dort, wo Diner dann eben doch einen näheren Blick auf den Jischuv wirft. Gewinnbringend lesen sich hier etwa seine Ausführungen zu den Reaktionen auf die Bombardierung Haifas im September 1940. Diner berichtet beispielsweise, dass der jüdische Bürgermeister Schabtai Levy den Angehörigen getöteter Araber Kondolenzbesuche abstattete.

Interessant sind auch die Ausführungen zu Hagana-Planungen, sich in das Karmel-Gebirge zurückzuziehen für den Fall, dass Erwin Rommel in Ägypten durchgebrochen wäre und dann freie Fahrt nach Palästina gehabt hätte. Dass das Land in die Hände der „Achse“ fallen würde, war durchaus im Bereich des Denkbaren: Als Achsentruppen gleichzeitig im Kaukasus und in Ägypten standen, war es 1942 in einen gefährlichen „Zangengriff“ geraten.

Am Ende, so stellt Diner fest, rettete nicht das vom Zionismus zum Heil des jüdischen Volkes erkorene Land „Eretz Israel“ die Juden, sondern die britischen Waffen in Nordafrika. Für den Historiker erklärt das auch, warum gerade das entscheidende Jahr 1942 in der zionistischen Erinnerung Lücken hinterlassen habe: Für den Jischuv musste es eine „schwer erträgliche“ Erkenntnis gewesen sein, nur „eines bloßen Zufalls wegen“ überlebt zu haben. |



Dan Diner: „Ein anderer Krieg. Das jüdische Palästina und der Zweite Weltkrieg 1935 – 1942“, Deutsche Verlags-Anstalt, 352 Seiten, 34,00 Euro, ISBN: 978-3-421-05406-7

BIBELBLICK

Israel zwischen Archäologie und Atomforschung

Er ist berühmt und bekannt, der Jude Albert Einstein, Physik-Nobelpreisträger des Jahres 1921. Seine genialen Ansätze zur Relativitätstheorie eröffneten der Wissenschaft neue Dimensionen. Derzeit noch weniger bekannt ist der israelisch-amerikanische Wissenschaftler Joshua D. Angrist, 2021 mit dem Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet.

Egmond Prill

Es ist das Wunder von Israels Wissenschaft. Das Land gehört heute zur Weltspitze im Blick auf Forschung auf vielen Gebieten von der Archäologie bis zur Atomwissenschaft. Schon vor der Staatsgründung wurde im damaligen Mandatsgebiet 1912 das Technion in Haifa gegründet. 1918 wurde in Jerusalem der Grundstein für die Hebräische Universität gelegt. Es war von Anfang an ein wichtiges Standbein der zionistischen Bewegung, neben der Urbarmachung des Landes, der Besiedlung und der Industrialisierung, die Wissenschaft zu fördern.

Chaim Weizman, Martin Buber und Albert Einstein waren namhafte Unterstützer wissenschaftlicher Forschung in zu gründenden Hochschulen und Universitäten. 1956 wurden verschiedene Fakultäten aus den 30er Jahren zur Universität Tel Aviv zusammengefasst. In der Wüstenstadt Be'er Scheva wurde 1969 offiziell die Negev-Universität aus bestehenden Instituten geschaffen. Später erhielt die Uni den Namen Ben-Gurion, in Würdigung des ersten israelischen Premierminister David Ben-Gurion, der im Wüsten-Kibbutz Sde Boker wohnte und sich für die Entwicklung des Negev einsetzte: „Israels Zukunft liegt in der Wüste.“

Mit der Ausrufung des Staats Israel am 14. Mai 1948 begannen im ganzen Land umfangreiche Ausgrabungen und archäologische Forschungen. Ging es einerseits um Wurzeln jüdischer Geschichte und Kultur im Land der Väter, kamen zugleich moderne Methoden der Datierung und der Konservierung zur Anwendung.

Jüdischer Respekt vorm Gesetz und Suche nach der Hintertür

Gehen wir davon aus, dass etwa 0,2 Prozent der Weltbevölkerung jüdische Wurzeln haben. Ein verschwindend kleiner Teil der Menschheit. Keine neue Erkenntnis: „Du bist das kleinste unter allen Völkern“ (5. Mose 7,7). Dem gegenüber lässt sich feststellen, dass seit 1901 rund 25 Prozent der Nobelpreisträger Juden waren. Könnte es sein, dass Jahrhunderte der Beschäftigung mit den Schriften, kritischer Geist und Gottes Segen den Boden für Neugier, Zweifel und Erkenntnisse bilden? Seit alter Zeit respektieren Juden die Gebote Gottes.

Dennoch wird im Nachdenken hier und da ein Weg am Gesetz vorbei gesucht, ohne den Wortlaut zu verletzen. So hält sich seit der Antike die Geschichte, dass sich der Sabbatweg verlängern ließ, wenn sich der Reiter einen mit Wasser gefüllten Sack auf seinen Esel legte. Denn so wurde es eine Reise zu Wasser.

In ähnlicher Weise gilt der Respekt vor den Naturgesetzen und zugleich die Neugier und die Frage: Gibt es ein Hintertürchen, das neue Räume eröffnet? Und so entstehen interessante Forschungsergebnisse und entsprechende Produkte, die Israel der Welt präsentiert. Der USB-Stick, der 3D-Drucker und Solarfenster stammen aus Israel. Die Pill-Cam ist eine Mini-Kamera, die wie eine Pille geschluckt werden kann und Bilder aus dem Magen-Darm-Trakt liefert. Auch die Cherry-Tomate stammt aus Israel. Diese „Kirsch-Tomaten“ erblickten 1973 das Licht der Welt, Ergebnis von Forschung und Züchtung des Landwirtschaftlichen Instituts der Hebräischen Universität. In diesen Reigen passt auch der Wirtschaftsnobelpreisträger Angrist.

Der Computerschutz „Firewall“ wurde in Israel entwickelt und hat sogar biblische Bezüge: „Ich will eine feurige Mauer (Firewall) rings um sie her sein und will mich dabei als herrlich erweisen, spricht Gott“ (Sacharja 2,9). |



israelnetz

Israel Kalender 2022

Der Israel Kalender zeigt bekannte und interessante Motive aus dem Heiligen Land. Das praktische Kalendarium enthält neben den christlichen und gesetzlichen Feiertagen auch die jüdischen Festtage mit einer Erklärung.

9,50 €
zzgl. Versand



Erhalten Sie den Israel-Kalender
exklusiv in unserem Online-Shop.

🔗 shop.israelnetz.com

